

Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks im Zeichen atlantischer Differenzen und europäischer Zerrissenheit

Kai-Olaf Lang

Der deutsch-französisch-polnische Gipfel am 10. Mai in Breslau, unter anderen Umständen wohl eine Routineveranstaltung, bekam vor dem Hintergrund atlantischer Dissonanzen und innereuropäischer Querelen einen anderen Charakter als erwartet. Die zentralen Exponenten des »europäischen« Europa trafen sich mit der neuen Siegermacht Polen, dem Exponenten des proamerikanischen Neueuropa, um Gemeinsamkeiten zu akzentuieren, Dialogbereitschaft zu demonstrieren und über Formen einer effektiveren Koordination nachzudenken. Ob durch die (Re-)Animation der bis dahin meist als zeremoniell wahrgenommenen Konstellation ein zusätzliches Dreigestirn an Europas politischem Firmament entsteht, ist aber noch offen.

Transatlantische Differenzen und europäischer Zwist gaben Anlaß, über neue Möglichkeiten des Weimarer Kooperationsrahmens nachzudenken. Das in Breslau ausgebreitete Tableau potentieller Kooperationsfelder schließt Schlüsselthemen ein, die auf der Agenda der größeren Union stehen werden. Vielleicht wichtigstes Signal von Breslau ist das Angebot an Polen, sich in die deutsch-französischen Überlegungen über die Zukunft wichtiger europäischer Politiken einzubringen. Frankreich, Deutschland und Polen wollen sich im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik enger koordinieren und regelmäßig konsultieren. Als Themen benannt wurden etwa die Weiterentwicklung der ESVP oder die Stärkung der »strategischen Partnerschaft« zwischen EU und NATO. Angekündigt wird eine

intensivere Kooperation bei der im Konvent debattierten Reform der europäischen Institutionen, »vor allem hinsichtlich der institutionellen Architektur und der GASP«. Der Meinungsaustausch über die Partnerschaftsbeziehungen zu Rußland, zu den neuen Nachbarn« und »insbesondere zur Ukraine« soll fortgesetzt werden.

Aufwertung in Europa?

Der Breslauer Gipfel wurde in Polen aufgrund der Breite der angesprochenen Dialog- und Konsultationsfelder sowie der verheißungsvollen Perspektive positiv aufgenommen, schließlich drängt Warschau schon seit langem auf eine Vertiefung der trilateralen Kooperation. Der französische und der polnische Staatspräsident sowie

der deutsche Bundeskanzler bescheinigten dem Weimarer Rahmen die Fähigkeit, zu einer »Impulse gebenden, gestaltenden Kraft im Dienst der erweiterten Union zu werden«. Prima facie scheint somit die polnische Rechnung aufzugehen, sich über den Hebel einer besonderen Solidarität mit den USA einen größeren Stellenwert in Europa zu verschaffen. Der Schulteranschluß mit Washington zwingt gemäß dieser Überlegung die europäischen Schwergewichte, Polen in ihrem außen-, europa- und sicherheitspolitischen Kalkül besonders zu berücksichtigen. Andernfalls bestünde die Gefahr, daß Polen sich (mit anderen Proamerikanern in der bisherigen EU und auch mit anderen ostmitteleuropäischen Ländern) auf das Projekt einer innereuropäischen Lagerbildung einläßt.

Im Augenblick des Triumphs im Irak und des Betretens der weltpolitischen Bühne manifestiert sich Polens Sonderbeziehung zu den USA allem Dafürhalten nach in einem rapide erhöhten politischen Gewicht. Doch Gewichtszunahme bedeutet nicht automatisch mehr Schlagkraft. Will Warschau diese entwickeln, muß es seinen deklarierten Kurs eines konsequenten Euro-Atlantizismus auch in der Praxis ausbalancieren. Um wichtige europäische Partner nicht zu vergrämen, sucht es dem Eindruck eines bedingungslosen Proamerikanismus entgegenzutreten: Für die Stabilisierungstruppe im Irak solle nach Möglichkeit ein Mandat der Vereinten Nationen angestrebt werden (eine UN-Resolution zur Legitimierung des Stabilisierungseinsatzes ist aber keine Bedingung für eine Beteiligung Polens); Firmen aus europäischen Ländern dürften beim Wiederaufbau des Irak nicht diskriminiert werden. Auch der etwas ungeschickt lancierte Vorstoß, Deutschland und Dänemark über das Korps Nordost an der Irak-Mission zu beteiligen, kann als Versuch gewertet werden, Polens Engagement an Euphrat und Tigris zu »europäisieren«.

Dem Bemühen, die europäische Dimension der polnischen Außenpolitik zu akzentuieren, stand jedoch bisher die Praxis entgegen, sich für die amerikanische Option

zu entscheiden, wenn es hart auf hart kommt. Voraussetzung dafür, daß Warschau im Rahmen des komplexen europäischen Quidproquo seine guten Beziehungen zu den USA als »bargaining chip« einsetzen kann, ist Offenheit und Flexibilität, nicht aber »Nibelungentreue«. Sollte die in Polen vorherrschende Interpretation Platz greifen, daß die Loyalität gegenüber Washington in Sachen Irak Polens Einfluß in Europa potenziert hat, wäre auch in Zukunft eine unflexible, proamerikanische Haltung nicht auszuschließen.

Aufwertung in Ostmitteleuropa

Das Engagement im NachkriegsIrak gibt Polen eine zusätzliche Chance, seine herausgehobene Rolle in Ostmitteleuropa zu unterstreichen: Im polnischen Sektor werden vermutlich Einheiten aus dem östlichen Teil des Kontinents präsent sein, dem polnischen Kontingent wird voraussichtlich das Polnisch-Litauische Bataillon angehören. Einen aus polnischer Sicht positiven Effekt könnte der Irak-Konflikt auch mit Blick auf die Ukraine zeitigen. Kiew, das bereits durch die Entsendung eines Bataillons von Chemiewaffenexperten in die Golf-Region Solidarität mit den USA bekundete, gab rasch zu verstehen, daß es sich auch im NachkriegsIrak engagieren möchte – unter anderem durch die Beteiligung an den Stabilisierungskräften, möglicherweise in der polnischen Zone. Eine eventuelle ukrainische Involvierung war auch Gegenstand amerikanisch-polnisch-ukrainischer Verhandlungen am 13. Mai in Kiew. Neben wirtschaftlichen Vorteilen und internationaler Aufwertung rechnet man sich in Kiew durch ein Irak-Engagement vor allem eine weitere Klimaverbesserung gegenüber Washington aus, von der man sich wiederum positive Impulse für die Annäherung an das langfristige Ziel der NATO-Mitgliedschaft erhofft. An einer solchen Stärkung seines »strategischen Partners« im Osten ist Polen sehr interessiert.

Bleibende Differenz

Trotz paralleler Interessen und in Breslau demonstrativ hervorgehobener Gemeinsamkeiten bestehen zwischen Polen und seinen beiden Weimarer Partnern weiterhin Inkongruenzen in fundamentalen außen- und sicherheitspolitischen Bereichen. Hierzu gehören die Ausgestaltung der transatlantischen Beziehungen, das Gewicht multilateraler Koordination in der internationalen Politik oder die Modellierung der europäischen Sicherheitsarchitektur vor dem Hintergrund amerikanisch-europäischer Friktionen. Insbesondere zwischen Frankreich und Polen existieren substantielle Differenzen.

Während Frankreich dazu neigt, Europa als Gegengewicht zu Amerika zu definieren, bevorzugt Polen offensichtlich das Konzept einer europäischen Juniorpartnerschaft im Rahmen einer asymmetrischen Kooperation. Auch die polnische Seite postuliert aber keinen blinden Gehorsam. Warschau sympathisiert eher mit der britischen Idee, durch enge Anlehnung die Kommunikationsbereitschaft Washingtons zu vergrößern, um so wenigstens in Einzelfragen (begrenzten) Einfluß auf Washington ausüben zu können.

In dieser Situation kommt Deutschland und seinen Beziehungen zu Polen eine besondere Aufgabe zu. Die Entwicklungen der letzten Wochen legen den Eindruck nahe, daß der Irak-Konflikt Kollateralschäden in den deutsch-polnischen Beziehungen verursacht hat. In Teilen der polnischen Medien wurde eine Art »German-Bashing« betrieben, in Deutschland machte sich in Teilen von Gesellschaft und Politik Enttäuschung, ja Verbitterung über angebliche polnische Illoyalität breit. Besonders beunruhigend ist die in Polens politischem Establishment und in der Öffentlichkeit offenbar wachsende Verunsicherung darüber, ob Deutschland noch fest im transatlantischen Bund verankert ist. In einem Interview mit der Tageszeitung Rzeczpospolita erklärte Verteidigungsminister Szmajdzinski, daß die deutsche Außenpolitik »über Jahrzehnte hinweg auf dem

Fundament der deutsch-amerikanischen Beziehungen aufgebaut war. Seit einigen Monaten jedoch findet ein unerwarteter Bruch mit diesen dauerhaften Grundsätzen statt.« Die von deutscher Seite unaufhörlich beteuerte Devise, »nicht weniger Amerika, sondern mehr Europa« anzustreben, konnte Warschau gegenüber offensichtlich bisher nicht glaubwürdig vermittelt werden.

Aussichten der Weimarer Kooperation

Die Differenzen während des Irak-Konflikts könnten sich als entscheidender Anschlag für die Weimarer Konstellation erweisen.

Die Dreierkooperation könnte als Gerüst fungieren, das einem Abdriften Polens vom deutsch-französischen Tandem entgegenwirkt und die Kluft zwischen Deutschlands wichtigsten direkten Nachbarn in West und Ost reduziert. Eine engere Anbindung könnte eine Positionierung Polens in einem »amerikanischen« Klub in Europa bzw. die Entstehung eines solchen erschweren.

Durch sein Engagement auf amerikanischer Seite sieht sich Polen in Europa politisch aufgewertet. Wie sich dieses Bewußtsein in außenpolitischem Handeln niederschlägt, steht noch nicht fest. Zwei grundlegende Strömungen deuten sich an: Die *erste* Richtung setzt auf eine Politik der Stärke und der konsequenten Ausnutzung des politischen Kapitals, das aus dem Irak-Konflikt geschlagen wurde. Diese Linie lehnt eine größere »Elastizität gegenüber der europäischen Achse der Verlierer« ab und versteht das Weimarer Dreieck lediglich als »Versicherungspolice gegenüber dem Petersburger Dreieck, das die Interessen Frankreichs, Rußlands und Deutschlands harmonisiert« (Robert Bogdański, Jerzy M. Nowakowski, Wprost, 11.5.2003). Eine *zweite* Orientierung setzt auf Annäherung Polens an Deutschland und Frankreich, einschließlich des Eintretens für eine starke europäische Außen- und Sicherheitspolitik, nach der Devise: »In Europa sein, damit Europa mit Amerika ist« (Robert Sołtyk, Gazeta Wyborcza, 12.5.2003). Auch Polens erster Nach-Wende-Premier, Tadeusz

Mazowiecki, mahnt zu mehr polnischer Europäizität; »nicht jedes Vorgehen der amerikanischen Administration« müsse Polens Interessen entsprechen. Einer pro-europäischen Argumentation zufolge muß Polen an einer politisch und militärisch möglichst kohärenten EU interessiert sein. Die Regierung solle den Willen zeigen, sich der »Pioniergruppe« von Staaten anzuschließen, die eine vertiefte Zusammenarbeit im Bereich der GASP anstreben (so Zdzisław Najder in einem Papier für das Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau).

Präsident Kwaśniewskis Äußerungen in Breslau sowie die Stellungnahmen anderer Politiker scheinen die Neigung der polnischen Außenpolitik zur zweiten Linie zu belegen. Durch eine Betonung der Weimarer Kooperation würde diese Orientierung tendenziell unterstützt – auch wenn in einigen Bereichen vielleicht schon vollendete Tatsachen geschaffen wurden: Wissenschaftsminister Kleiber erklärte Mitte Mai in Brüssel, sein Land werde durch die Offset-Abkommen im Zusammenhang mit dem Kauf von US-Kampfflugzeugen zwar nicht an einer Kooperation mit der europäischen Rüstungsindustrie gehindert, doch seien durch den Umfang des Abkommens mit Washington vielen polnischen Firmen auf Jahre die »Hände gebunden«.

Im Weimarer Dreieck spielt der deutsch-polnische Schenkel eine hervorgehobene Rolle. Angesichts der schwachen und friktionsbeladenen Kooperation zwischen Paris und Warschau muß auf der Linie Berlin-Warschau wieder Einvernehmen in Grundsatzfragen hergestellt werden. Da Polen den sicherheits- und verteidigungspolitischen Ideen aus Paris abgrundtief mißtraut, kann am ehesten deutsche Politik ihm vermitteln, daß nicht Abkapselung von Amerika die Maxime europäischer Außen- und Sicherheitspolitik ist, sondern ein in das transatlantische Verhältnis »eingebetteter« Europäismus.

Bei all diesen Chancen sollten auch die Grenzen der Weimarer Kooperation nicht außer acht gelassen werden. Das Maximalprogramm des Weimarer Dreiecks besteht

in einer Osterweiterung des deutsch-französischen Motors um Polen. Einem solchen europäischen Rückgrat könnte in der größeren EU zwar mehr Prägekräft zukommen, doch könnte die ohnehin diffizile deutsch-französische Kompromißfindung durch zusätzliche Komplexität belastet werden. Zu prüfen wäre auch, ob bzw. wo deutsche Handlungsspielräume in Europa durch einen Ausbau der Weimarer Kooperation erweitert bzw. reduziert werden.

Das Weimarer Dreieck könnte außerdem gegenüber Partnern in West- und Ostmitteleuropa Exklusivität signalisieren. In den kleineren Beitrittsländern könnte dies ablehnende Reaktionen hervorrufen, die einerseits die Polarisierung »groß–klein« verstärken, andererseits zu einer wachsenden Infragestellung der sich abzeichnenden polnischen »leadership« im östlichen Mitteleuropa führen könnten. Damit wäre die Idee von europäischen Leitentscheidungen, die unter Einbeziehung Polens getroffen und von anderen Beitrittsländern übernommen werden, relativiert. Gerade aus deutscher Sicht darf über die privilegierten Beziehungen zu Warschau in und außerhalb des Weimarer Dreiecks der direkte Dialog mit den Hauptstädten in den *kleineren Beitrittsländern* nicht vergessen werden. Insbesondere in der Debatte um das Verhältnis zu Amerika könnte durch einen stärkeren Dialog mit einzelnen Ländern in der Region, in denen es bekanntlich recht unterschiedliche Haltungen zu Washington gibt, einer Lager- oder gar Blockbildung entgegengetreten werden.

Insofern wäre es realistisch, die Weimarer Idee nicht zu überfrachten. Das Weimarer Dreieck sollte nicht als kommende europäische »Achse« mit Gestaltungskraft für die gesamte Union angesehen werden, sondern zunächst als Rahmen zur Reflexion über Kongruenz und Differenz sowie als kontinuierlicher Dialogprozeß definiert werden. »Weimar« könnte auf diese Art schon bald als Instrument zur Verhinderung europäischer Betriebsunfälle dienen. Erst später wird sich herausstellen, ob sich auf dieser Basis mehr entwickelt.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364